

von Verlagerung mit Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und Effizienzverbesserung notwendig. Der Workshop in Berlin hat einen Anstoß zur weiteren Diskussion gegeben. Es ist jedoch Aufgabe von Politik in Bund, Ländern und Kommunen, konkrete Schritte in diese Richtung zu ergreifen. In den Meseberger Beschlüssen der Bundesregierung ist die Verlagerung von Verkehren auf den ÖPNV, die Schiene und das Schiff bisher nur allgemein angesprochen, konkrete Maßnahmen schlägt das Programm jedoch nicht vor. Die Konkretisierung fällt den jeweils zuständigen Fachministerien zu, wobei die Federführung bei der Erarbeitung und Umsetzung der die Maut betreffenden Maßnahmen beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung liegt; bei den Maßnahmen zum Flug- und Schiffsverkehr ist darüber hinaus das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zuständig.

Eine ausführliche Dokumentation zum Workshop finden Sie unter www.wupperinst.org (> News und Termine > Handlungsempfehlungen zum SRU-Gutachten „Umwelt und Straßenverkehr“).

Ulrich Jansen und Daniel Bongardt,
Wuppertal Institut für Klima,
Umwelt, Energie GmbH; Wuppertal

■ Stadtentwicklungsforschung

Umstrukturierung des bisherigen ILS NRW

Im Juni 2007 beschloss die nordrhein-westfälische Landesregierung per Kabinettsentscheidung, das auf die Standorte Dortmund und Aachen verteilte Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW) als Einrichtung der Ressortforschung aufzugeben und in ein exzellenz-orientiertes Forschungsinstitut umzuwandeln. Aus dem ILS NRW wurde mit Beginn des Jahres 2008 das ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung GmbH; vorerst geführt als 100%-iges Unternehmen des Landes. Mit dieser Umstrukturierung soll sich die Tätigkeit des Institutes auf

die wissenschaftlichen Kernkompetenzen konzentrieren und weiterentwickeln.

Es gibt derzeit Kooperationsverträge des ILS mit der TU Dortmund, der Ruhr-Universität Bochum und der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sowie eine enge Zusammenarbeit mit der RWTH Aachen. Die Neuausrichtung des ILS beinhaltet noch engere Kooperationen mit Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen, wobei die Zusammenarbeit mit den vier raumwissenschaftlichen Instituten der Leibniz-Gemeinschaft von besonderem Interesse ist; das sind die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL, Hannover), das Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR, Dresden), das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS, Erkner/Berlin) und das Institut für Länderkunde (IfL, Leipzig).

Ziel ist die Aufnahme des ILS in die Leibniz-Gemeinschaft und die Anerkennung als Leibniz-Institut; hierfür besteht die Notwendigkeit einer stärkeren Drittmittelakquisition. Der Prüfungsantrag zur Aufnahme kann frühestens 2009 erfolgen. Bis dahin müssen sich die neue Struktur des Instituts und seine neue thematische Ausrichtung bewährt haben.

Bislang bezog sich die Forschungs- und Beratungstätigkeit des ILS vor allem auf Fragestellungen im Land NRW; nun erfolgt eine stärkere Fokussierung auf nationale und internationale Themen. Bisherige Kompetenzen des ILS im Bereich der Stadt- und Regionalforschung, der Mobilitätsforschung sowie im Bereich der Planungswissenschaften werden dabei weitestgehend erhalten. Unter dem Leitthema „Neue Urbanisierungsprozesse“ ist der Ausbau von fünf Forschungsfeldern geplant: Metropolisierung, Regionalisierung, Mobilitätsverhalten im Kontext räumlicher und sozialer Entwicklungen, sozialräumliche Dynamik und gesellschaftliche Integration, Baubestände und Siedlungsstrukturen im Wandel (siehe hierzu auch www.ils.nrw.de/zwl/profil/forschungsfelder.html). Der bislang am Standort Aachen verfolgte thematische Schwerpunkt Energie wird aufgegeben.

Im Zuge der Neustrukturierung erfolgt eine erhebliche Personalverringering (um ca. 70 % !) im Bereich der fest angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen. Dieser Stellenabbau wurde bereits im Jahr 2007 begonnen (minus 40 Stellen) und führt im laufenden Jahr zu einer weiteren Reduzierung auf nur noch ca. 40 (von ursprünglich ca. 140) Mitarbeiter/innen als Kerngruppe im wissenschaftlichen Bereich. Zusätzliches Personal ist im Rahmen von befristeten Arbeitsverträgen (Drittmittel, Stipendien, Doktoranden) tätig. Ein Großteil des Abbaus erfolgte über einen Stellenwechsel zu Landesministerien oder anderen Landeseinrichtungen, wobei sich die Situation für die nicht-wissenschaftlichen bzw. technischen Mitarbeiter/innen schwieriger gestaltet und der Standort Aachen stärker vom Stellenabbau betroffen ist als Dortmund.

Aus Sicht der ILS-Leitung bietet die Umstrukturierung Chancen für eine stärkere wissenschaftliche Profilierung. Der „Transferbereich“ (unter anderem Tagungsorganisation) soll so weit wie möglich beibehalten werden; ebenso soll in abgewandelter Form auch weiterhin eine Politikberatung stattfinden.

Olaf Kasper, Dipl.-Ing.
Raumplanung, Mitarbeiter im
Büro Davids, Terfrüchte + Partner
(DTP), Essen; **Tana Petzinger,**
Dipl.-Ing. Raumplanung, Dortmund

Anmerkung:

Der Bericht basiert im Wesentlichen auf Ergebnissen eines Gesprächs, das die Autoren am 25. September 2007 mit Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Leiter des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW, geführt haben.

■ Schulentwicklungsplanung

Grundschulen und Stadtumbau in Wilhelmshaven

Seit Ende der 1960er Jahre hat die Wohnbevölkerung in der relativ monostrukturierten und peripher gelegenen Stadt Wilhelmshaven kontinuierlich¹ und zeitweise rapide abgenommen: Ihre Zahl sank von gut 105.000 (1968) um 29 % auf knapp 83.000 im Jahr 2006. Besonders der Mangel an Ar-

beitsplätzen (vor allem solchen für junge, qualifizierte Menschen) führt zu einem negativen Wanderungssaldo – gerade bei den Jahrgängen nach der beruflichen Ausbildung. Wilhelmshaven verliert also vor allem Einwohner/innen in der Phase der Familiengründung, wodurch sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung weiter erhöht.

Diese Entwicklung drückt sich in den einzelnen Stadtteilen ganz unterschiedlich aus. Hier bestimmen das Wohnungsangebot und die Wohnlage die Attraktivität des jeweiligen Stadtteils für Zuwanderungen – insbesondere junger Familien.

Nach langen Jahren der Stagnation werden für Wilhelmshaven inzwischen zwar Bevölkerungszuwanderungen erwartet, weil der Bundeswehrstandort ausgebaut und der einzige deutsche Container-Tiefwasserhafen² (*JadeWeser-Port*) bald in Betrieb geht und einen Industrialisierungsschub auslösen wird. Dennoch gehen die Prognosen davon aus, dass der Sterbeüberschuss bis zum Jahr 2015 auch durch die erwarteten Zuwanderungen nicht kompensiert werden kann.

■ **Schulentwicklung und Stadtentwicklung:** Die Stadt Wilhelmshaven hat aufgrund ihrer Funktion als Oberzentrum sowie der wirtschaftlichen Möglichkeiten und politischen Interessen in den 1960er und 1970er Jahren, aber auch noch Mitte der 1990er Jahre viele Ressourcen in den Ausbau ihrer Infrastruktur investiert. Deshalb besteht heute eine gute bis überdurchschnittlich gute Versorgungssituation (Schulen, Sportstätten usw.). Es zeigen sich inzwischen aber auch damit einhergehende Probleme, wie z. B. Unterauslastungen und nicht gedeckte Unterhalts- und Sanierungskosten für die Einrichtungen.

Ein besonders sensibles Thema stellt in diesem Kontext die Anpassung der Schullandschaft an die veränderten Rahmenbedingungen dar, da kaum eine andere Einrichtung der sozialen Infrastruktur so stark vom Altersaufbau der Bevölkerung abhängig ist wie die Grundschulen. Zugleich stehen die geringer werdenden Schülerzahlen steigenden Qualitätsanforderungen an

die Bildungseinrichtungen gegenüber. Eine Qualifizierung des Bildungsangebotes bei abnehmenden Schülerzahlen zu erreichen ist damit – nicht nur in Wilhelmshaven – eine der wichtigsten stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen der Zukunft.

In der Jadestadt verringerte sich die Anzahl der Einschulungen allein zwischen 2003 und 2006 um insgesamt 14,6 % – mit unterschiedlicher Dynamik in den verschiedenen Stadtteilen. Vor diesem Hintergrund mussten erstmals 2003 einzelne Grundschulstandorte aufgehoben und deren Einzugsbereiche neu zugeordnet werden, weil sie den seinerzeit formulierten Ansprüchen nicht mehr entsprachen. Die generelle politische und schulfachliche Vorgabe lautete: „Als Leitbild für die Grundschulen in Wilhelmshaven wird [...] die ‚mindestens 2-zügige Grundschule an einem für Differenzierungsangebote, Betreuungsaufgaben etc. entwicklungs-fähigen Standort‘ formuliert.“³

Doch schon innerhalb weniger Jahre verloren die 2003 formulierten Vorgaben an einigen Standorten ihre Gültigkeit. So wurden im Schuljahr 2006/2007 bereits sechs von 19 Grundschulen durchweg nur noch einzügig geführt, was eigentlich nur im ländlichen Raum üblich und unvermeidlich ist. Aufgrund der demografischen Entwicklung und insbesondere der Altersstruktur der Wohnbevölkerung geht das Schulamt der Stadt bis zum Schuljahr 2012/2013 von einem Rückgang um weitere 10 % aus.

Auch die qualitativen Ansprüche an die Grundschule als „Ort des Lernens“ steigen kontinuierlich. So sind neben den „klassischen“ Aufgaben die soziale, kulturelle und sprachliche Integration, die erste Fremdsprache in der dritten Klasse sowie (im Zuge der niedersächsischen Schulreform von 2003) die Vorentscheidung über die weitere schulische Laufbahn in der vierten Klasse hinzugekommen.

Zusätzlich ist die Qualität des Bildungsangebotes von Schulen – insbesondere von Grundschulen – zu einem entscheidenden Wohnstandortfaktor von bildungsinteressierten Haushal-

ten mit Wahlfreiheit geworden. Familien mit Kindern beziehen inzwischen schulische Aspekte wesentlich stärker in ihre Wohnstandortentscheidungen ein als noch vor wenigen Jahren und achten bei einem anstehenden Wohnungswechsel in zunehmenden Maße nicht nur auf die Entfernung, sondern auch auf die Qualität des schulischen Angebots für ihre Kinder.⁴

Damit hat die Grundschullandschaft zunehmend Einfluss auf Stadterneuerungsprozesse, wie am Beispiel der Wilhelmshavener Südstadt besonders deutlich wird: In dem gründerzeitlichen Wohnquartier mit seinen großen und potenziell familienfreundlichen Wohnungen bestehen erhebliche soziale Probleme⁵. Zugleich stellte sich hier in den vergangenen Jahren immer wieder die Frage nach der Struktursicherheit der Grundschulstandorte, weil diese unterausgelastet waren und sich zumeist auch in recht schlechtem Unterhaltungszustand befanden. Aufgrund ihrer Alleinstellungsmerkmale (hochwertige Wasserlagen am Großen Hafen und am Banter See) eignet sich die Südstadt jedoch als Schwerpunkt für neue Impulse der Stadtentwicklung. Ein Dilemma – aus dem konstruktive Wege gefunden und umgesetzt werden mussten und die zu einem eigenen Ansatz im Stadtumbau führten.

■ **Der Wilhelmshavener Ansatz:** Mit dem Pilotprozess „Stadtumbau Wilhelmshaven“ beteiligte sich die Stadt 2003 als eine von 16 Pilotstädten am ExWoSt-Forschungsprogramm „Stadtumbau West“. Der als fachlich moderierter Stadtumbaudialog angelegte Prozess bot die Chance für ein konstruktives Thematisieren und grundsätzliches Akzeptieren des Bevölkerungsrückgangs und der damit in vielen Lebensbereichen verbundenen Konsequenzen. Während des knapp zweijährigen öffentlichen Diskussionsprozesses erarbeiteten bis zu zwölf Arbeitsgruppen mit insgesamt ca. 300 Beteiligten (Bürger/innen, Vertreter/innen aus Verwaltung, Politik und Interessensverbänden) Vorstellungen zu städtischen Entwicklungsperspektiven unter dem Blickwinkel eines demografischen Anpassungsprozesses, die

anschließend von dem beauftragten Planungsbüro in einem „Gesamtstädtischen Zukunftsdialog Wilhelmshaven“⁶ zusammengeführt wurden.

Eine der Arbeitsgruppen befasste sich mit Fragen der Schulentwicklung und machte sich zur Aufgabe, die Anpassung der Schullandschaft an die sich verändernden Rahmenbedingungen vorzubereiten. Der Prozess zeichnete sich gegenüber klassischen Verfahren dadurch aus, dass

- die Diskussion nicht wie üblich „hinter verschlossenen Türen“, sondern unter breiter Beteiligung geführt wurde: Neben der Schulverwaltung und der Landesschulbehörde waren Vertreter/innen der (Grund)Schulleitungen, des Stadtelternrates und Politiker/innen aller Fraktionen des Schulausschusses in den extern moderierten Prozess eingebunden.
- das Ziel von Qualitätsgewinnen in vielerlei Hinsicht im Vordergrund stand: Durch die fachlich übergreifende und integrierte Arbeitsweise sollte herausgearbeitet werden, wie das Motto der Stadt für ihren Stadtumbau – „Weniger ist mehr!“ – im Bereich der Grundschulentwicklung umgesetzt werden könnte.

Konkret stand der Arbeitskreis zu Beginn seiner Arbeit vor den folgenden Aufgabenstellungen:

- Schaffung einer gemeinsamen sprachlichen und inhaltlichen Arbeitsebene,
- Entwicklung nachvollziehbarer Kriterien für die Beurteilung von Standortperspektiven für die Grundschulen der Stadt,
- Einflussnahme auf die zuständigen Gremien, eine ergebnisoffene und glaubwürdige Diskussion über die entwickelten Standortperspektiven zu führen.

Es war schnell klar, dass den Herausforderungen einer Neuordnung der Grundschullandschaft nur mit einem übergreifenden Konzept begegnet werden konnte. Dafür entwickelte die Arbeitsgruppe Qualitätskriterien, die sich folgenden vier Oberthemen zuordnen lassen:

- „Größe und Entwicklung“ (Schülerzahlen, Klassenzahlen, Anzahl der Züge, Prognose der Schülerentwicklung);
- „Ausstattung“ (Anzahl der allgemeinen Unterrichtsräume, Anzahl der Räume für besondere Funktionen, Gruppenräume, Betreuungsräume, Schulsekretariat, WC im Gebäude);
- stadträumliche und kleinteilige „Lage“ (Schulhof, Lehrerparkplätze, Nähe zu einem Hort);
- verbleibender Bauunterhaltungsaufwand für Gebäude und Haustechnik (Aufwand zur grundlegenden Instandsetzung und Modernisierung eines Grundschulstandortes).

Nach diesem Kriterienkatalog wurden die einzelnen Schulstandorte bewertet und wurde als Ziel formuliert, in Zukunft nur solche Standorte abzuschließen, die einer möglichst großen Anzahl von Kriterien entsprechen. Diese Standorte sollten gleichwohl in ihre jeweiligen Stadtteile bzw. Einzugsbereiche integriert sein (Erreichbarkeitsradius laut städtischer Satzung: maximal 2 km Fußweg). Unabhängig von dieser Vorgabe blieben besondere Schulformen, wie z. B. eine Schule für den integrierten Unterricht mit geistig bzw. körperlich behinderten Kindern sowie eine Ganztagsgrundschule.

■ **Der Prozess:** Die Thematik war im Vorfeld der Kommunalwahl im Herbst 2006 zu brisant, um genügend Unterstützung bei den Mehrheitsfraktionen zu erlangen oder gar positiv als Wahlkampfthema genutzt zu werden. Da sich einzelne Fraktionen jeglicher Veränderung der Schullandschaft verweigerten, kam die erforderliche Einmütigkeit nicht zustande. Immerhin konnte die Schulverwaltung aber durch die Einbindung aller Fraktionen in den Diskussionsprozess die Dringlichkeit von grundsätzlichen Standortentscheidungen vermitteln.

Nach der Kommunalwahl waren die Voraussetzungen für ein Vorankommen günstiger. Zusätzlich erforderte das schon vor Jahren aufgelegte Grundsanierungsprogramm für Schulgebäude Entscheidungen über struktursichere Standorte. Deshalb

setzte der Schulausschuss des Rates der Stadt Wilhelmshaven im Jahre 2006 eine ähnlich zusammengesetzte extern moderierte Arbeitsgruppe ein, wie sie zu Beginn des inzwischen abgeschlossenen Stadtumbau-Diskussionsprozesses eingerichtet worden war.

Aufgrund der Einbettung in den diskursiven Stadtumbau-Prozess konnte zuerst die Zielrichtung des Verfahrens zwischen den Beteiligten „ausgehandelt“ und dann erst das entsprechende Konzept entwickelt werden. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe wurden vom Schulausschuss gebilligt und danach intensiv öffentlich diskutiert, vor allem mit den betroffenen Schulen. Anders als früher blieben die heftigen Kontroversen jedoch aus, weil alle Beteiligten den übergreifenden Handlungsbedarf und die eindeutige sachliche Qualität des Konzepts anerkannten.

■ **Das Ergebnis:** Der Rat der Stadt Wilhelmshaven hat im Sommer 2007 mit einem Grundsatzbeschluss die zukünftige Grundschullandschaft festgelegt. Die Anzahl der Grundschulen in der Jadestadt wird bis 2010 von derzeit 19 auf zukünftig 12 vermindert. Das Konzept führt allerdings auch zur Einrichtung einer völlig neuen Grundschule in der Südstadt: Zum Schuljahresbeginn 2008/09 wird sie als neuer, zentral gelegener und langfristig werthaltiger Standort für die gesamte Südstadt zur Verfügung stehen. Das Gebäude entspricht den meisten Qualitätskriterien und hat die erforderliche Größe für jede denkbare langfristige Anpassung. Es bietet – mitten im Stadtteil gelegen – die Option auf ein Ganztagsangebot oder die Mitnutzung durch kulturelle oder soziale Einrichtungen.

Zu den Schuljahren 2009/2010 bzw. 2010/2011 werden weitere vier Grundschulstandorte aufgehoben bzw. zusammengefasst werden. Im Ergebnis stehen dann zwölf leistungsfähige und gut ausgestattete Standorte in stadtteilbezogener Lage zur Verfügung. Nach Durchführung der beschlossenen Maßnahmen wird die Durchschnittsgröße bei 228 Schüler/

innen liegen (heute 146), die kleinste Grundschule wird dann 157 (heute 60), die größte 316 Schüler/innen haben.

Im Ergebnis der Umstrukturierungen in Wilhelmshaven kann festgestellt werden:

- Grundschulen werden ein immer wichtiger werdendes stadtentwicklungspolitisches Instrument, um die Wohnstandortwahl von Familien zu steuern.
- In Zeiten rückläufiger Ressourcen kommt die Kommune nicht umhin, den Kostenfaktor falsch dimensionierter Infrastrukturen zu berücksichtigen und Überkapazitäten zügig abzubauen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass es der Kommune gelingt, für ihr (vordergründig unpopuläres) Handeln breite Akzeptanz und Unterstützung sowie im Ergebnis eine nachhaltige Qualität zu erzielen. Eine Schulentwicklungsplanung ist, zumal wenn sie pass- und zielgenau sein soll, ohne die Mitwirkung der Beteiligten kaum möglich und nicht tragfähig.
- Derart sensible Prozesse bedürfen einer externen Prozessbegleitung, damit der gemeinsame Diskussionsprozess beschleunigt, effektiver und zielgerichteter verlaufen kann und seine Akzeptanz steigt.

Der Prozess hat in Wilhelmshaven neuen, kooperativen Kulturen ein Stück die Tür geöffnet – im Spätherbst 2007 begann ein vergleichbares Verfahren für die weiterführenden Schulen.

Dr. Jens Graul, Dipl.-Ing. Stadtplanung, leitet das Dezernat IV der Stadt Wilhelmshaven, das unter anderem für die Schulentwicklung zuständig ist.

Dr. Gerd Reesas, Dipl.-Ing. Raumplanung, ist Mitinhaber von plan-werkStadt, büro für stadtplanung und beratung, in Bremen.

Anmerkungen

- 1 *abgesehen von kurzen Wachstumsphasen zu Anfang der 1990er Jahre, als vermehrt Ostdeutsche und Russlanddeutsche zuwanderten*
- 2 *Der JadeWeserPort ist eines der größten Infrastrukturprojekte in Nordwestdeutschland; weitere Informationen unter www.jadeweserport.de*

3 *vgl. Schulentwicklungsplan 2003-2010, Teil 1: Grundschulen. Wilhelmshaven 2003, S. 6*

4 *Hierzu liegen zwar noch keine abgesicherten empirischen Befunde vor, allerdings deuten viele Anzeichen darauf hin, dass ein gutes Grundschulangebot zunehmend als Standortfaktor wirkt bzw. wirken soll (z. B. beobachtet an der Elbinsel-Grundschule in Hamburg-Wilhelmsburg, dem Ganztags-Grundschulmodell Herford sowie der Ev. Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck).*

5 *Die Südstadt ist das einzige Quartier in Wilhelmshaven, das über das Bundesländer-Programm „Soziale Stadt“ gefördert wird.*

6 *vgl. Stadt Wilhelmshaven/plan-werkStadt: Gesamtstädtischer Zukunftsdialog Wilhelmshaven, Endbericht. Wilhelmshaven/Bremen 2005*

**■ Kommunale Wirtschaftsstatistik
Branchenstruktur und Beschäftigtenentwicklung**

Nach Jahrzehnten der Suburbanisierung wird vielfach ein Trend zurück in die Städte beobachtet. Ob auch mit Blick auf die Beschäftigtenentwicklung innerhalb des deutschen Städtesystems ein Bedeutungsgewinn der Städte zu erkennen ist, wurde in einer im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) durchgeführten Studie für den Zeitraum von 1999 bis 2006 untersucht. Analysiert wurde vor allem der Einfluss der lokalen

Branchenstruktur und der Stadtgröße auf die Beschäftigtenentwicklung in Deutschlands Städten.¹ Konkret lautete die Fragestellung: Wird ein Beschäftigtenwachstum eher durch die Spezialisierung oder die Diversifizierung der lokalen Branchenstruktur gefördert? Entwickelt sich die Beschäftigung einzelner Branchen in großen oder in kleinen Städten positiver?

Im analysierten Zeitraum ist die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Deutschland um 4,1 % (ca. 1,13 Mio. Beschäftigte) zurückgegangen. Metropolen, Großstädte, Mittelstädte, Kleinstädte und alle sonstigen Gemeinden haben im untersuchten Zeitraum Beschäftigte verloren. Mit Abstand die höchsten Verluste waren in der Gruppe der kleinen Gemeinden zu verzeichnen, die geringsten in den Metropolen. Eine generelle Erholung der großen Städte ist aber noch nicht zu beobachten. Es sind sowohl wachsende als auch schrumpfende Zentren anzutreffen.

Abbildung 1 zeigt den Zusammenhang zwischen der Beschäftigtenentwicklung je Branche und der Stadtgröße: In allen Branchen des sekundären Sektors entfallen auf die Mittelstädte (MS) mindestens 26 % der Branchengesamtbeschäftigung. Bei der Energie- und Wasserversorgung ist der hohe Anteil (21 bzw. 29 %) der Metropolen (M)

Sektor	Branche	M	GS	MS	KS	So	M	GS	MS	KS	So
		Anteil 2006 (in %)					Änderung 1999-2006 (in %)				
Primär	Land- und Forstwirtschaft	6	7	21	16	50	0	-1	3	1	-1
	Fischerei und Fischzucht	1	5	24	19	51	-74	-69	-4	73	15
Sekundär	Bergbau	5	17	33	10	34	-14	17	-16	-1	17
	Verarbeitendes Gewerbe	12	17	33	16	22	-4	-5	-1	4	5
	Energie-, Wasserversorgung	21	29	32	9	10	-13	0	8	8	-1
	Baugewerbe	13	14	26	15	32	-14	-4	1	5	5
Tertiär	Handel	18	19	32	14	16	-4	-4	2	3	4
	Gastgewerbe	24	17	24	11	23	7	3	-1	-6	-5
	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	28	20	26	11	16	0	-6	-2	7	6
	Kredit-, Versicherungsgewerbe	37	22	24	8	8	2	0	-2	-3	1
	Grundstücks- und Wohnungswesen	32	26	25	9	9	-3	1	3	3	-3
	Öff. Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	19	24	32	12	13	1	1	3	0	-10
	Erziehung und Unterricht	21	27	28	11	13	9	2	-6	-4	-3
	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	18	22	32	13	14	-5	0	1	1	4
	Erbringung sonstiger öff. u. persönl. Dienstleistungen	29	25	26	9	11	4	1	-1	0	-9
	Private Haushalte mit Hauspersonal	21	16	28	14	22	20	-8	-7	-5	4
Exterritoriale Organisationen u. Körperschaften	11	26	34	3	26	60	-14	-28	-27	130	

Abb. 1 Anteil einzelner Gemeindegrößenklassen an der Gesamtbeschäftigung einer Branche in 2006 und Änderung des Anteils von 1999 bis 2006 [Quelle: eigene Berechnung]